

Bioökonomie als Motor für grünes Wachstum

Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy

Bioökonomie lautet die jüngste Zauberformel, um die Wachstumsschwäche der Wirtschaft, aber auch Umweltprobleme wie Klimawandel, Energiekrise und globale Ressourcenknappheit in den Griff zu bekommen. Bioökonomie bezeichnet im Kern eine Begrünung der Wirtschaft, auf neudeutsch: Green Economy, durch Umstellung von fossilen auf biologische Ressourcen, durch synthetische Biologie, Nanotechnologie und Gentechnik in Nahrungsmitteln und Medikamenten. Es geht nicht nur um Ethanol im Tank, sondern auch darum, Kunststoffe aus Zuckerrohr und chemische Produkte aus Papierabfällen oder Getreidestengeln herzustellen. Gras, Klee und gentechnisch verändertes Baumaterial sollen in Bioraffinerien zu industriellen Grundstoffen verarbeitet werden. Der Finanzmarkt unterstützt diese Aufwertung von Bio und Grün dadurch, dass Biostoffe und -Prozesse, nun Umweltdienstleistungen genannt, einen Preis bekommen und wie Waren gehandelt werden können. Insgesamt soll dieser Übergang von einer „braunen“ zu einer „grünen“ Industrie durch innovative Technologien und durch die „Macht des Marktes“ vorangebracht werden.

Voraussetzung für Bioökonomie ist eine massive Forschungsinitiative. Die EU hat allein für 2014-20 knapp 80 Milliarden für Forschung bereitgestellt, um bioökonomische Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Die Bundesregierung hat eine nationale Bioökonomiestrategie bis 2030 vorgelegt. Vieles wird als öffentlich-private Partnerschaft entwickelt, weil privates Kapital dabei wichtiger ist als öffentliche Mittel. Beim ersten globalen Bioökonomie-Gipfel, zu dem der deutsche Bioökonomierat 2015 nach Berlin eingeladen hatte, beschlossen mehr als 500 Vertreter_innen aus Wissenschaft, Politik und Konzernen aus 80 Ländern, ein „fundamentales Neudenken der Ökonomie“ und von „grünem“ Wachstum zu befeuern. Der 2. Internationale Kongress soll im September in Stuttgart Hohenheim folgen.

Doch diese technologiebasierte grüne Kehrtwende ist voller Widersprüche und Dilemmata: wo soll die ganze Biomasse herkommen? Die meisten Anbauflächen müssen im globalen Süden liegen. In Afrika hat der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen als Energieträger seit Jahren zu Landraub und Vertreibung geführt. In Asien wurden riesige Flächen – umweltzerstörerisch und klimaschädigend - gerodet oder abgebrannt, um Palmöl anzubauen. Bäuerliche Landwirtschaft und Waldnutzung wurden verdrängt, der Wasserverbrauch ist gestiegen, der Pestizideinsatz ebenso. Konflikte um Landwirtschaft, Ernährungssicherung und Biodiversität eskalieren.

Wider die falschen Lösungsansätze der Grünen Ökonomie

Zivilgesellschaftliche Organisationen, bäuerliche Netzwerke wie La Via Campesina und Umweltaktivist_innen kritisieren die produktivistischen, großtechnologischen Konzepte der Bioökonomie als „falsche Lösungen“ für Herausforderungen wie Ressourcenschonung, soziale Gerechtigkeit und der gesellschaftliche Umgang mit Natur. Sie stellt weder ein kohärentes Menschenrechtskonzept noch Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd, Ungleichheiten zwischen sozialen Klassen und Geschlechtern oder Verfügungsrechte über Land und Ressourcen in Rechnung. Kritiker_innen sehen sie

„mehr an Konzerninteressen denn an Bedürfnissen der Menschen orientiert“ und betrachten sie als eine „neue Form der Kolonisierung und Aneignung natürlicher Ressourcen im Süden“.

Die meisten neuen „grünen“ Jobs werden in Technologie- und Wissensbereichen oder aber in der Plantagenwirtschaft geschaffen. Zwar arbeiten immer mehr Frauen hochqualifiziert und führend als Biotechnologinnen. Jennifer Doudna und Emmanuelle Charpentier, die Erfinderinnen der Crispr/Cas Technik, eine Art Gen-Schere, die sie sich bei Jogurtkulturen abgeschaut haben, sind für den Nobelpreis nominiert.

Doch Feministinnen geht es nicht nur um Gleichheit auf dem Erwerbsmarkt. Ihnen geht es auch um eine sozial-ökologische Transformation, die andere Produktions- und Konsumweisen, einen anderen Umgang mit der Natur und das „gute Leben für alle“ zum Ziel hat. Dazu gehören Vorstellungen von Wohlstand, die jenseits des Brutto-Inlandsprodukts, vom Geldwert und materiellen Gütern liegen.

Feministische Wissenschaftlerinnen haben analysiert, dass die neue Bioökonomie so viele soziale und ökologische Schäden anrichtet, weil sie sich weiterhin der Marktlogik von Wachstum, Effizienz und Renditen verpflichtet. Die Ökonomin Adelheid Biesecker zeigt, dass sie zwangsläufig in einer Krise nach der anderen landen wird, weil sie menschliche und natürliche Ressourcen als grenzenlos verfügbar voraussetzt, sie übernutzt und damit die lebendigen Grundlagen von Gesellschaft und Wirtschaft zerstört. Biesecker plädiert deswegen dafür, durch „vorsorgendes Wirtschaften“ die „(Re)Produktivität“ von Mensch und Natur zu sichern. In diesem Sinne insistierte die Biologin Christine von Weizsäcker bei den UN-Verhandlungen zu Biodiversität auf dem Prinzip der „Vorsorge“. Danach muss durch Technikfolgenprüfungen vor und nicht erst nach dem Einsatz von zum Beispiel genmanipuliertem Saatgut geklärt werden, welche Schäden verursacht werden können.

Anders Wirtschaften, andere Naturverhältnisse

Markenzeichen von feministischer Ökonomie und feministischer Ökologie ist es, Wirtschaft und Natur nicht von Wachstum und Profit her zu denken, sondern vom Prinzip des Versorgens und der Bedürfnisbefriedigung, vom Gemeinwohl und der Nachhaltigkeit von sozialen und natürlichen Ressourcen her. Der Rücksichtslosigkeit von Technologie, Spekulationen und Markteffizienz und der Logik von Extraktivismus und Verschleiß setzen sie die Idee einer Versorgungswirtschaft (*caring economy*) entgegen. Bezüglich der Natur ist auch ein neuer Materialismus einflussreich, der ausgehend von den Naturwissenschaftlerinnen Donna Haraway und Karen Barad der nicht-menschlichen Natur eine Eigendynamik und Eigenrechte zuspricht.

Bedarfsorientiert und sorgsam wirtschaften bedeutet, dass nicht alles in der Natur und der Gesellschaft der neoliberalen Marktlogik unterworfen werden darf. Dabei helfen dezentrale Versorgungsstrategien für Energie, Nahrung, Wasser, Pflege und andere existentielle Güter. Mit dem Lebensnotwendigen – Nahrungsmitteln, Natur, Renten – darf nicht spekuliert und gezockt werden.

Die Care-Logik des Sorgens und Sich-Kümmerns um das Soziale und Natur als Motor einer Versorgungsökonomie ist der Dreh- und Angelpunkt für feministische Analyse und Perspektiven. Gleichwohl ist auch Pflege- und Betreuungsarbeit längst auf dem Markt als Dienstleistung in-Wert gesetzt und Sorgearbeiten werden den Marktprinzipien von Effizienz, Beschleunigung und Standardisierung unterworfen wie z.B. die Zeittakte und Module zum Füttern und Anziehen in der Altenpflege. Das Perfide ist, dass Sorgearbeit als typisch weiblich abgewertet und als unbegrenzt verfügbar unterstellt werden. Transnationale Sorgeketten sind entstanden, wenn die polnische Altenpflegerin selbst eine noch „billigere“ Hausangestellte aus der Ukraine beschäftigt. Damit wird der Pflegenotstand bei uns woandershin verschoben. Das bestätigt die Ungleichheiten zwischen Frauen, wohlhabenden und armen Haushalten, Ländern und Nord-Süd/West-Ost. Deshalb kann man mit Fug und Recht von Sorgeextraktivismus als einem Funktionsprinzip der Ökonomie reden.

Bioökonomie von unten: Gutes Leben und städtische Gärten

Parallel zur Entwicklung von Konzepten einer sorgenden und sorgsamen Ökonomie ist eine Vielzahl von alternativen Projekten entstanden, unter anderem zur Nahrungsmittel(re-)produktion. Überall, wo es um Ernährung geht, sind Frauen in der Mehrheit: in Gemeinschaftsgärten und solidarischer Landwirtschaft, bei Food Coops und Produktion-Konsum-Genossenschaften, beim Food Saving und Food Sharing. Sie imkern auf den Dächern von Berlin, zeichnen in Straßenkarten ungenutzte Obstbäume an Ausfallstraßen ein und stellen Lebensmittel an Abholpunkte, damit sie gegessen werden statt zu verderben. Ihre zentrale Motivation ist eine Sorgeethik, sich selbst und andere gut und gesund zu ernähren, nicht Wettbewerbsfähigkeit, Produktivitätssteigerung oder Anbauoptimierung. Beteiligung bedeutet die bewusste Wahl eines care- und community-basierten Lebensstils, denn hier wird mit alternativen Produktions- und Konsummusters experimentiert, die der Konkurrenz und privater Reichtumsanhäufung etwas entgegenstellen, nämlich Kollektive, Gemeinschaftsgüter und Gegenseitigkeit.

Das 2014 verfasste Urban Gardening Manifest wird derzeit von 148 Projekten und Gruppen getragen. Sie fordern eine Wende von der „autogerechten“ zur „gartengerechten“ Stadt. Die Projekte übernehmen Ernährungssouveränität als Perspektive mit Elementen von Selbstversorgung und Selbstbestimmung. Ressourcensparsamer Anbau und angepasste Nutzung sind ein Gegenmodell zur Naturbeherrschung durch Technologien und Effizienzstrategien. Das hat nicht nur den Charme des Selbermachens, sondern steht für die soziale Wieder-Aneignung von Alltagsräumen. Die Praktiken sind Versuchsanordnungen praktischer Herrschaftskritik, auch als Schutz vor Privatisierung, Industrialisierung und Finanzialisierung. Hier ist eine Gegentopographie gegen die technologische bioökonomische Kontrolle entstanden, ein polyzentrisches Netz wie Elinor Ostrom das Wirtschaften zwischen Staat und Markt nannte.

Ein paar Tomatenpflänzchen machen noch keine Ernährungswende, aber sie können in diesem Kontext auf einen alternativen Entwicklungspfad verweisen. Vernetzt mit anderen Projekten stellen sie eine Kritik am wachstums- und technologie-optimistischen Konzept der Bioökonomie dar, geleitet von neuen Werten und einem anderen Modell von Wohlstand und Lebensqualität. Insofern sind sie im Kern politische Projekte von unten und Alltagskämpfe um die Lebensweise. Die alternativen

Produktions- und Konsumpraktiken demonstrieren das Mögliche, nämlich die Priorität von Sorge in sozialen und Naturverhältnissen innerhalb kapitalistischer Wachstumsverhältnisse, die gleichzeitig über diese hinausweist. Die weitergehende Frage bleibt allerdings offen, ob diese Praktiken als Gegenmacht wirken und transformatorische Potentiale entwickeln können.